

Von Elmar Rieger

*Über die Krise der Europäischen Union
aus soziologischer Perspektive*

Kann, soll, muss man Europa lieben?

Warum soll man Europa lieben? Weil es ein beispielloses Friedensprojekt ist, so eine häufige Antwort. Trotzdem fällt es vielen Bürgern der Europäischen Union schwer, in der EU mehr als einen wirtschaftlichen Zweckverband zu sehen. Aus soziologischer Perspektive lässt sich dies sehr gut begründen: Neben den diffusen wirtschaftlichen Vorteilen fehlt der EU ein positiver Sinngehalt – etwa eine Lösungskompetenz in sozialen Fragen, die eine verbindliche und damit verbindende Kraft erzeugen würde. Genau in diese soziale Kerbe schlagen nationalistische Kräfte und schaden der EU dort, wo sie eigentlich am erfolgreichsten ist.

Kann man die Europäische Union lieben? Heribert Prantl, ein einflussreicher *public intellectual*, gelernter Jurist und Journalist, meint sogar, man müsse Europa – und damit meint er die Union – lieben. In seinem Buch *Trotz alledem! Europa muss man einfach lieben* stellt Prantl das Europa der Union als ein welthistorisches Friedensprojekt vor, als den „glänzendsten Stern der Aufklärung, ein Jahrtausendprojekt“.

Das Objekt der von ihm angemahnten Liebe ist freilich nicht die Union, wie sie sich gegenwärtig tatsächlich darstellt, sondern eine Union, die, um sie lieben zu können, zu etwas ganz anderem werden müsse als sie es jetzt ist. Aus dem Binnenmarkt müsse laut Prantl ein „wirkliches Gemeinwesen“ werden, das die Nöte und Interessen seiner Bürger ernst nehme. Folgt man dem Journalisten der *Süddeutschen Zeitung*, dann leidet die Europapolitik heute an drei Dingen: „Sie leidet erstens an zu wenig Demokratie. Sie leidet zweitens daran, dass sie unsozial ist. Und drittens fehlt ihr, deswegen, eine Marseillaise.“

Heribert Prantl stemmt sich mit seiner bemerkenswerten publizistischen Intervention gegen den Strom einer inzwischen sehr lauten Europakritik und eines starken europafeindlichen Nationalismus. Aus soziologischer Perspektive ist allerdings festzustellen, dass er, trotz juristischer Ausbildung, die Eigenart der Union und ihrer Integration erkennt und auch bei der Identifizierung der Quelle der Antriebskraft des neuen Nationalismus falsch liegt. Als eine „Wirklichkeitswissenschaft“ (Max Weber) kommt die Soziologie nicht umhin, darauf





aufmerksam zu machen, dass die Union gerade nicht *demokratisch* und *sozial* sein sollte, zumindest nicht in dem gleichen Sinne, wie es die Mitgliedstaaten für sich in Anspruch nehmen, sondern ganz im Gegenteil bei der Gründung der verschiedenen Europäischen Gemeinschaften, die inzwischen unter dem Namen der Union zusammengefasst sind, *demokratiekritische* Motive eine entscheidende Rolle spielten.

Die EU – ein Zweckverband oder ein Gefühlsverband?

Der Union und ihren Einrichtungen der Integration scheinen bestimmte *Regelmäßigkeiten der Einstellung sozialen Handelns* zu fehlen, die zu jener Art von Eingelebtheit führt, die eine eigene normative Kraft gewinnen und mit eigenem Pathos aufgeladen werden kann. Damit fehlen auch die entscheidenden Voraussetzungen, die Union zu einem wirkungsvollen Protagonisten von sozialer Gerechtigkeit machen zu können. Die Union als Wirtschaftsmacht und die Integration als Binnenmarktprojekt konnten zwar für ihre Wirtschaftsbürger neue Interessenlagen begründen; diese führen allerdings zu einem allein zweckrationalen Handeln und zu einer bloß instrumentellen Orientierung. Von *gefühlsmä-*



ßiger Hingabe oder einem *Glauben an eine höhere oder gar absolute Geltung* der Union als Verkörperung *letzter verpflichtender Werte* kann nicht die Rede sein. Wenn man von den Sonderfällen der Montan- und der Atomunion absieht, waren die ersten Ziele einer europäischen Integration die Zollunion, dann der Binnenmarkt, und schließlich die Wirtschafts- und Währungsunion. Diese Schwerpunktsetzungen sind nicht zufällig – die Europäischen Gemeinschaften seien Zweckverbände, nicht „Gefühlsverbände“, schreibt der Rechtswissenschaftler Hans Peter Ipsen.





Soziologisch gesehen fehlt der Union ein eigener *positiver* Sinngehalt. Die Effizienz- und Rationalitätssteigerungen durch das Binnenmarktprojekt und die Wirtschafts- und Währungsunion, die wirtschaftlichen Wohlfahrtsgewinne, sind zu diffus, um sie direkt und nachvollziehbar, vollständig oder wenigstens hauptsächlich der Union zurechnen zu können. Ohne eine eindeutige Zurechenbarkeit *notwendiger* Leistungen, die von den Bürgern der Union als Lebenschancen von kritischer Bedeutung wahrgenommen werden können, ist die Entstehung von so etwas wie Massenloyalität gegenüber der Union unwahrscheinlich. Dazu kommt noch, dass die Institutionenordnung der Union hochgradig formalistisch ist, abhängig von weit im Voraus verabredeten Agenden, so dass eine reaktions- und leistungsfähige Auseinandersetzung mit aktuellen *sozialen* Problemlagen ausgeschlossen scheint. Ganz im Gegenteil zeigt das Beispiel Griechenland, wie bei der Bewältigung einer massiven sozialen Krise ‚Europa‘ und ‚Brüssel‘ eher als Teil des Problems und weniger als Teil ihrer Lösung wahrgenommen werden. Das gleiche gilt für die Jugendarbeitslosigkeit in Südeuropa und die Migrations- und Flüchtlingsproblematik. In keinem dieser Fälle ist die Union eine treibende Kraft für wirksame Lösungen. Von einem Interessenlagen transzendierenden und relativierenden *Pflichtgefühl* gegenüber der Union ist daher weder bei den mitgliedstaatlichen Regierungen und Bürokratien noch bei den Unionsbürgern etwas zu spüren.

Der Nationalismus hat eine neue Qualität

Die überraschende Wiederkehr eines extremen Nationalismus auch in den stärksten in die Union integrierten Staaten zeigt, dass ein letztlich *sozial-politischer* Problemkomplex trotz europäischer Integration nicht nur immer noch wirksam ist, sondern gerade aufgrund der Schwerpunktsetzungen der Union auf Binnenmarktintegration und ihre Entwicklung zu einer umfassenden Wirtschafts- und Währungsunion zu seiner Wiederbelebung wesentlich beigetragen hat.

Dieser Zusammenhang ist noch kaum verstanden worden, geschweige denn in einer Art und Weise zu einem Thema der Europa- und Integrationspolitik geworden, die seiner Bedeutung entspräche. Der Ausgangspunkt dieses Problemkomplexes ist das, was im neunzehnten Jahrhundert als „Soziale Frage“ bezeichnet wurde: die mit der Durchsetzung der liberalen Industriegesellschaft verbundenen Integrationsprobleme. Die mit Marktwirtschaft und Kapitalismus verbundenen Prozesse sozialer Differenzierung führten zu Strukturen extremer sozialer Ungleichheit und zu einem „Kult des Individuums“ (Emile Durkheim), denen allem Anschein nach nur noch mit einem quasi-religiösen Nationalismus als Integrationskultur begegnet werden konnte. Es war und ist



die *soziale* Qualität dieses Nationalismus, sein Versprechen selbstbestimmter Identität und politischer Autonomie, der ihn als attraktive Antwort auf das Dominantwerden einer Form der Markt- und Verkehrswirtschaft erscheinen lässt, die sich allem Anschein nach weder ethisch noch politisch reglementieren lässt. Dieser neue Nationalismus ist das Versprechen eines niedrigeren Konkurrenzdrucks auf den Arbeitsmärkten und in den Betrieben, eines leistungs- und entwicklungsfähigen Sozialschutzes, der dem ‚eigenen Volk‘ wieder jene Priorität gibt, die durch Europäisierung und Globalisierung ausgeschlossen scheint. Deshalb zielt gerade in der Europäischen Union der neue Nationalismus auf die Wiedergewinnung einer staatlichen Selbstbestimmung vorzugsweise auf sozialem Gebiet, er fordert ethnische Definitionen des Zugangs zu sozialen und politischen Bürgerrechten, und er strebt eine autonome Machtstellung an, die in der Lage ist, der eigenen Nation als Sondergemeinschaft erneut innere und äußere Anerkennung zu verschaffen.

Für eine Einschätzung der Zukunft der Union ist eine realistische Sicht auf ihre Gründung und Entwicklung dringend notwendig. Die Ordnung der Union am Maßstab des Grundgesetzes zu bewerten verfehlt ihren Sinn und ihren Zweck, die letztlich darin liegen, die Leistungsfähigkeit der einzelnen Mitgliedstaaten als umfassende Gemeinwesen zu stärken. Mit Blick auf den Brexit und den Aufstieg eines ethnisch exklusiven und europafeindlichen

Literaturempfehlung

Hans Peter Ipsen: Europäisches Gemeinschaftsrecht. Tübingen: Mohr Siebeck 1972.

Heribert Prantl: Trotz alledem! Europa muss man einfach lieben. Berlin: Suhrkamp 2016.

Nationalismus im Großteil der Mitgliedstaaten kommt man um die Feststellung nicht herum, dass die Europäische Union gerade an ihrem erstaunlichen Erfolg als regionales Integrationsprojekt zu scheitern droht.

Es muss also dringend daran erinnert werden, aus welchen Motiven heraus die europäischen Integrationsprojekte begonnen wurden, welche Instrumente dabei zum Einsatz kamen – und wo die Ursachen einer zunehmend eigendynamischen Verselbständigung zu suchen sind.



Is loving Europe a question of can, should or must?

A sociological perspective on the crisis of the European Union



Why should a person love Europe? A common answer is because it's an unprecedented project for peace. Nevertheless, many citizens of the European Union still have a hard time seeing it as anything more than a framework of economic administration. This view can be well substantiated from a sociological perspective: aside from its diffuse economic advantages, the EU lacks a positive foundational concept – like an authority for addressing social issues that would create a binding force and unifying effect. Nationalistic forces have specifically targeted this social vulnerability and have been able to do harm to the EU at precisely the point where it is, in fact, most successful.